

Die Ameise

Verbandsorgan der Porzellan- und verwandten Arbeiter und Arbeiterinnen Deutschlands

Immer strebe zum Ganzen und kannst Du selber kein Ganzes werden
□ □ □ Als dienendes Glied schließ an ein Ganzes Dich an □ □ □

Redaktion, Expedition und Verlag: Charlottenburg — Privat-Postabonnement für das Vierteljahr 2 Mark

Nr. 46

Charlottenburg, Freitag, den 13. November 1914

Jahrg. 41

Bekanntmachung.

Die Notstands-Unterstützung ist in der bisherigen Höhe für diese Woche, bis zum 14. November, weiter zu zahlen.
Der Vorstand.

Bekanntmachung.

Für die Berichtswoche vom 26. bis 31. Oktober hatten bis zum Mittwoch, den 4. November noch keinen Bericht eingefandt:

Coblenz, Köln, Emmerich, Kolmar, Köppelsdorf, Manebach, Passau, Scheibe, St.-Georgen, Unterpörlitz, Wittenberg, Zell a. S.

NB. Die fettgedruckten Namen bezeichnen die Zahlstellen, die schon für die vorige, bzw. mehrere Wochen hintereinander, oder wie Coblenz, überhaupt noch niemals einen Bericht eingefandt haben.

Das Verbandsbureau.

Unter Verband im dritten Kriegsmonat.

Während draußen der Weltenbrand immer weiter um sich greift, hielt erfreulicherweise die Besserung, die sich auf dem Arbeitsmarkte in der Porzellanindustrie im September bemerkbar machte, auch im Oktober an. Am 3. Oktober betrug die Prozentziffer der völlig erwerbslosen Verbandsmitglieder 37. In den 4 vollen Wochen desselben Monats boten die Ziffern der Arbeitslosen und Beschäftigten folgendes Bild:

Woche vom:	Erwerbslose	in Prozenten	beschränkt Arbeitend.	Vollbeschäftigte
5. bis 10. Oktober	4499	35,7	6255	1694
12. " 17. "	4146	33,3	6281	1713
19. " 24. "	3962	32,4	6285	1775
26. " 31. "	3770	31,1	6298	1846

Sind auch diese Zahlen noch nicht ganz zuverlässig, da die Berichterstattung der Zahlstellen, trotz aller Mühe des Bureaus, noch immer eine unvollständige ist, so zeigen sie doch, daß sich die Geschäftslage, wenn auch langsam, stetig bessert. Das ist auch dringend notwendig, denn zum Teil wird diese Besserung durch das Steigen der Lebensmittelpreise wieder aufgehoben.

Die Zahl der zum Heere eingezogenen Mitglieder ist fortwährend gestiegen und beträgt gegenwärtig über 3200, davon sind über 2300 Verheiratete. Diese Zahlen beweisen die Undurchführbarkeit der Familien-Unterstützung der Kriegsteilnehmer. Selbst die Gewährung einer einmaligen Unterstützung, wie sie aus Mitgliederkreisen gewünscht wurde, ist unmöglich, weil sie zur Folge haben würde, daß die Erwerbslosen-Unterstützung einige Wochen früher als sonst eingestellt werden müßte. Ob das hier gehandelt wäre, darüber zu urteilen, überlassen wir den Kollegen selbst.

Die Mitgliederziffer ist im Oktober etwas gesunken, was sich daraus erklärt, daß ein Zugang an neuen Mitgliedern, wie er in normalen Zeiten stattfindet, jetzt so gut wie nicht zu verzeichnen ist. Diese Tatsache gibt jedoch zu keinerlei Bedenken Anlaß. Allerdings müssen alle Kollegen mit dazu beitragen, daß wir die vorhandenen Mitglieder halten. Und nicht nur das. Durch unerschütterliches Zusammenhalten, durch Treue zur Organisation wollen wir uns bemühen, nach Kräften eine Aufwärtsbewegung der Mitgliederzahl zu fördern.

Die jetzige Lage zeigt uns, daß unsere Organisation festwurzelt unter den Kollegen und Kolleginnen. Die segensreiche Wirkung unseres Verbandes, der seinen Mitgliedern als treuer Helfer zur Seite steht, zeigt sich jetzt mehr als jemals. Deshalb ist unsere Treue zur Organisation weiter nichts, als eine einfache Selbstverständlichkeit.

Staatshilfe für die Arbeitslosen.

Das Regierungsorgan, die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung“ teilte kürzlich die Antwort des Reichstanzlers auf eine Eingabe der Vorsitzenden der Gesellschaft für soziale Reform, der Herren Dr. Franke und Staatsminister v. Berlepich, in welcher sie um Maßnahmen zur Unterstützung der Arbeitslosen durch das Reich ersuchten, mit. Diese Antwort hat folgenden Wortlaut:

„Euer Exzellenz geneigtes Schreiben vom 21. September, das Sie gemeinschaftlich mit Professor Franke an mich gerichtet, gelangte in meine Hände. Ich bin ebenso wie Sie davon durchdrungen, daß alles geschehen muß, um diejenigen unserer Volksgenossen, die der Krieg erwerbslos gemacht hat, vor Not zu schützen. In erster Linie werden, wie Sie treffend hervorheben, die Gemeinden dafür zu sorgen haben, daß die Unterstützung im ausreichenden Maße und unter Formen gewährt wird, die dem Umstande Rechnung tragen, daß es sich nicht um Armenunterstützung im landläufigen Sinne handelt. Dabei rechne ich darauf, daß die Bundesstaaten bestrebt sein werden, den Gemeinden, soweit die Geldbeschaffung Schwierigkeiten macht, mit ihrem Kredit beizuspringen, zumal sich meines Erachtens das Reich nach beendeter Kriege einer Prüfung nicht wird entziehen können, inwieweit es sich seinerseits an der Unterstützung beitragschwacher Gemeinden beteiligen muß.“

(gez.) v. Bethmann Hollweg“

Es handelt sich hierbei in erster Linie um Beschaffung ausreichender und lohnender Arbeit und in zweiter Linie um finanzielle Unterstützung solcher Arbeiter, die trotzdem Arbeit nicht finden können. Unseren Kollegen ist bekannt, daß die Gewerkschaften für Unterstützung ihrer durch den Kriegszustand arbeitslos gewordenen Mitglieder große Summen, ja fast ihre ganzen Mittel, ausgeben. Die zu diesem Zweck ausgegebene Summe beläuft sich bis jetzt auf über 20 Millionen Mark. Eine große Anzahl Gemeinden tragen ebenfalls nach Kräften zur Linderung der allgemeinen Not bei, sei es durch Vergabung von Notstandsarbeiten oder durch Unterstützung Arbeitsloser.

Der Reichstanzler rechnet damit, daß die Bundesstaaten den Gemeinden, soweit die Geldbeschaffung Schwierigkeiten macht, bestrebt sein werden, mit ihrem Kredit beizuspringen. Doch mit der Aufnahme neuer Schuldenlasten ist den Gemeinden nicht geholfen und wo es sich um Unterstützung Arbeitsloser handelt, haben die Bundesstaaten im großen ganzen versagt.

Der preussische Landtag hat wohl in seiner Sitzung vom 22. Oktober 1 1/2 Milliarde Mark für Notstandsmaßnahmen bewilligt, doch bei dieser Summe ist kein Pfennig für Unterstützung Arbeitsloser. Die sozialdemokratische Fraktion erklärte deshalb zu der Vorlage:

„Aber auch nach Inangriffnahme aller in der Vorlage vorgesehenen Notstandsarbeiten bleibt noch eine große Zahl männlicher und weiblicher Staatsbürger übrig, die durch den Krieg arbeitslos, ja völlig existenzlos geworden sind. Auch ihnen zu helfen, ist Pflicht des Staates. In den meisten Fällen wird die Hilfe nur in baren Unterstützungen bestehen können. Der großen Mehrzahl der Gemeinden fehlt es hierfür an Mitteln. Aufgabe des Staates ist es, einmal die Gemeinden durch finanzielle Zuwendungen zu durchgreifender Hilfe in den Stand zu setzen und zweitens durch Einwirkung auf die Reichsgesetzgebung eine Arbeitslosenunterstützung in Anlehnung an das Genter System zu schaffen.“

Auch aus anderen Bundesstaaten fehlt es an Belegen, daß hier staatliche Arbeitslosenunterstützung der gemeindlichen zur Seite treten wird. So eröffnet z. B. die hessische Regierung auf die Anregungen der Fraktionen der Zweiten Kammer zur Linderung der Arbeitslosennot auch nur, daß sie für reichliche Arbeitsgelegenheit namentlich im Winter vorgesorgt und 2 1/2 Millionen Mark für Staatsbauten, 3 Millionen Mark für Staatsforstarbeiten, 10 Millionen Mark für Staatsbahnarbeiten bereitgestellt habe. Aber von Arbeitslosenunterstützungen erwähnt diese Erklärung nichts.

Dazu kommt nun noch die Erklärung des Reichsanzlers, die klipp und klar besagt, daß das Reich für die durch den Kriegszustand arbeitslos Gewordenen nichts tun wird. Zwar ist der Reichsanzler davon durchdrungen, daß alles geschehen muß, um diejenigen unserer Volksgenossen, die der Krieg erwerbslos gemacht hat, vor Not zu schützen, aber das Reich will seinen Teil zu diesen Maßnahmen nicht beitragen. Zwar stellt der Reichsanzler in Aussicht, daß sich das Reich nach dem Kriege der Prüfung nicht wird entziehen können, inwieweit es sich etwa seinerseits an einer Unterstützung beitragschwacher Gemeinden beteiligen muß, doch diese Erklärung ist so unbestimmt gehalten, daß sie von den in Betracht kommenden Gemeinden wohl nicht höher als die bekannte Taube auf dem Dache bewertet wird. Demzufolge kommt sie jetzt den Arbeitslosen nicht im geringsten zugute.

In einem Artikel über Staatshilfe für die Arbeitslosen stellte die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung“ als Grundsatz für die staatliche Aktion fest, daß soweit als irgend möglich, den Arbeitslosen nicht durch die unmittelbaren Unterstützungen, sondern durch Arbeitsgelegenheit geholfen werden muß. Es heißt aber dann weiter:

„Wird sich dieser Grundsatz auch nicht überall und für die ganze Kriegsdauer in idealer Weise durchführen lassen, so wird ihm doch bis zur Grenze des Erreichbaren gefolgt werden müssen.“

Bis diese Grenze erreicht ist, wäre ein großer Teil der Arbeitslosen längst verhungert, wenn ihnen von anderer Seite keine Hilfe käme. Und was wird aus denen, die trotzdem arbeitslos bleiben? Die Arbeitslosen gehören zum Volksganzen, und das Reich hat die Pflicht, sie nicht allein der Sorge der Gewerkschaften, Gemeinden und Einzelstaaten und der Privatwohlthätigkeit zu überlassen, sondern sie ebenso zu unterstützen, wie es die Familienangehörigen der Kriegsteilnehmer unterstützt.

Deshalb können wir uns mit der Erklärung des Reichsanzlers, die, obwohl an Privatpersonen gerichtet, durch die Veröffentlichung im Regierungsorgan zu einer an die Allgemeinheit gerichteten wird, nicht einverstanden erklären. Die Fürsorge für die Arbeitslosen ist eine dringende Pflicht des Reiches. Das Reich hat die Möglichkeit, die Mittel zu beschaffen, die zu einer allgemeinen geregelten Arbeitslosenfürsorge erforderlich sind.

Arbeitslos auf Lager!

Die „Deutsche Arbeitgeber-Zeitung“ veröffentlicht unter dieser Ueberschrift einen Artikel, dem wir, da er auch auf die Porzellan- und Steinindustrie paßt, folgendes entnehmen: „Zwischen dem 1. und 31. März 1918 ist die Beendigung des Krieges der Welt. In der Zwischenzeit eine starke Belebung erfahren. Auf der einen Seite werden Deutschland, Oesterreich-Ungarn, Frankreich, Belgien, wahrscheinlich auch Rußland ihre stark verringerten Vorräte an Lebensmitteln ergänzen müssen, und im Austausch dafür wird von den überseeischen Staaten der zurückgehaltene Bedarf an Industrieerzeugnissen aller Art:

Halbzeug- und Fertigfabrikate aller Art, Textilwaren, chemische Erzeugnisse, insbesondere Farbstoffe, Eisenbahn- und Baumaterialien, grobe und feine Erzeugnisse der Metallindustrie Maschinen, elektrotechnische Artikel, Musikinstrumente, Spielwaren usw. Befriedigung verlangen. Um dem dann einsetzenden lebhaften Bedarf aber gerüstet gegenüberzustehen, dazu ist es absolut nötig, daß von unserer Exportindustrie schon jetzt auf Lager gearbeitet wird, um sofort mit dem Export beginnen zu können, wenn der Abruf erfolgt.

Man wende nicht ein, daß ein großer Teil des Bedarfes der überseeischen Länder an Industrieerzeugnissen in der Zwischenzeit von den Vereinigten Staaten und von England, das ja auf alle mögliche und unmögliche Art und Weise versucht, Deutschland auf dem Weltmarkt aus dem Felde zu schlagen, gedeckt sein wird. Denn die Herstellung derjenigen Erzeugnisse, für die Deutschland im Laufe der Jahre der Hauptlieferant der Welt geworden ist (wir nennen hier — um nur zwei Gewerbezweige herauszugreifen, bei denen die Ueberlegenheit der deutschen Industrie unbestritten ist — die chemische Industrie und die Spielwarenindustrie), könnte von der englischen und amerikanischen Industrie doch erst nach längeren und teilweise recht kostspieligen Versuchen in die Tat umgesetzt werden und würde auch dann noch der langjährig erprobten deutschen Arbeit entschieden unterlegen sein. Sollte aber in einzelnen Warengattungen wirklich ein zeitweiliger Ersatz deutscher Erzeugnisse durch ähnliche englische oder amerikanische eintreten, so dürfte es, da sich die betreffenden Abnehmer in der kurzen Spanne Zeit ja noch nicht an die neue Ware gewöhnt haben, nach dem Kriege unsern deutschen Kaufleuten nicht schwer fallen, das verloren gegangene Absatzgebiet in kürzerer Zeit wiederzugewinnen, als es der fremden Konkurrenz gekostet hat, ihre Produkte an den Mann zu bringen. Eine Befolgung unserer in der Ueberschrift dieses Artikels ausgesprochenen Mahnung: Arbeitet auf Lager! schließt nach Lage der Dinge also tatsächlich irgendein ernstes Risiko nicht ein, um so mehr, als ja auch in Deutschland selbst der Bedarf nach Industrieerzeugnissen aller Art, ebenfalls infolge der allseitig erfolgten starken Einschränkungen, nach dem Kriege eine bedeutende Steigerung erfahren dürfte.

Resapitulieren wir noch einmal kurz das Gesagte. Der Bedarf, namentlich der überseeischen Länder ist so stark eingeschränkt worden, daß gleich nach Beendigung des Krieges notgedrungen eine starke Nachfrage einsetzen muß. England und die Vereinigten Staaten sind bisher nicht in der Lage gewesen, irgendeinen nennenswerten Vorteil aus der Lage zu ziehen, sondern leiden gleichfalls stark unter der zurückgegangenen Nachfrage. Notwendig ist jedoch, wenn wir die in langer, tüchtiger Arbeit erworbene stolze Stellung der deutschen Industrie auf dem Weltmarkt erhalten wollen, daß wir einmal den Zufluß deutscher Waren nach den ausländischen Absatzgebieten nicht ganz ins Stocken geraten lassen, sondern dafür Sorge tragen, daß bei der notwendigen Auffüllung der erschöpften Lager deutsche Waren ebenfalls zur Verfügung stehen. Notwendig ist zweitens vor allem, daß wir auf Vorrat arbeiten und unsere Lager im Inlande nach Möglichkeit aufzufüllen suchen, um gerüstet zu sein, wenn nach dem Kriege der lange zurückgedämmte Bedarf wieder einsetzt. Wir erfüllen damit zugleich eine hohe patriotische Pflicht, indem wir dafür sorgen, daß die vorhandenen Arbeitskräfte nicht brach liegen, sondern mit ihrem Verdienst auch ihrerseits wieder zur Belebung des wirtschaftlichen Lebens unseres Vaterlandes beitragen. Da, wo die eigenen Mittel nicht ausreichen, ein größeres Lager zu halten, bieten die Darlehenskassen eine Finanzierungsmöglichkeit, die nicht unbenutzt bleiben sollte.“

Mit diesen Anregungen kann man sich einverstanden erklären. Allerdings darf das „Arbeiten auf Lager“ nicht zu Verschlechterungen der Arbeitsbedingungen benutzt werden.



Die christliche „Keram- und Steinarbeiterzeitung“ brachte in ihrer letzten Nummer eine Zusammenstellung über die jetzigen Leistungen der „sozialdemokratischen“ Verbände der in den Industrien der Steine und Erden beschäftigten Arbeiter und des christlichen Keramarbeiterverbandes. Ist es schon geschmacklos, in der jetzigen Zeit, in der freie wie christliche und Hirsch-Dundersche Gewerkschaften soviel wie möglich bemüht sind, die allgemeine Not ihrer Mitglieder zu mildern, mit demagogischer Absicht eine solche Zusammenstellung zu treffen, so ist es doppelt geschmacklos, wenn die Zeitung zu diesen Zahlen schreibt:

„Unsere Kollegen können daraus auch ersehen, was von den großen Sprüchen einiger Genossengrößen an den verschiedenen Orten, über die vielen Unterstüzungen, die sie erhalten wollen, zu halten ist und welchen Glauben diese Leute verdienen. Jedenfalls bringt unser Verband in dieser schweren Zeit im Verhältnis zu seiner Mitgliederzahl und seiner Finanzkraft viel größere Opfer, als jeder unserer Konkurrenzverbände. Dabei hat unser Verband den Zahlstellen noch die Lokalkassen für Sonderunterstützungen belassen, während die anderen Verbände sofort die Lokalkassenbestände eingezogen und für die Unterstüzungszahlungen der Hauptklassen verwendet haben.“

Die im letzten Satz aufgestellte Behauptung ist nicht richtig. Bei uns z. B. hat kein Mensch daran gedacht, die Lokalkassenbestände für die Hauptklasse einzuziehen. Daß der christliche Verband viel größere Opfer bringt als die Konkurrenzverbände, ist ebenfalls eitel Flunzerei, wie ein Vergleich mit den Leistungen unseres Verbandes zeigt.

Der christliche Keramarbeiterverband zahlt Unterstützung in Höhe von 20 bis 110 Pfg. täglich. Wir zahlen 17 bis 100 Pfg. nach einer Beitragszahlung von 52 Wochen. Beim christlichen Verband beträgt der Höchstsaß der Unterstützung nach dieser Zeit bei einem Wochenbeitrag von 105 Pfg. aber nur 90 Pfg. täglich. Der Höchstsaß von 110 Pfg. wird erst nach 5jähriger Beitragszahlung erreicht. Der christliche Verband zahlt diese Unterstützung auf die Höchstdauer von 8 Wochen, wir für erheblich längere, noch unbestimmte Zeit. Bei uns wird die jetzige Unterstützung auf vorherige und spätere nicht angerechnet.

Vor allen Dingen aber muß man dabei die Prozentzahlen der Arbeitslosenziffern beider Verbände in Betracht ziehen. Wir hatten anfangs September 49,4 Proz. Arbeitslose, der christliche Keramarbeiterverband nur 30,1 Proz. Noch krasser tritt der Unterschied jetzt zutage. Ende Oktober zählten wir noch 31,1 Proz. Arbeitslose, der christliche Verband aber nur 9,1 Proz.

Angeichts dieser Zahlenunterschiede ist es lächerlich, ein Jahrmarktsgeschrei über die Leistungen des christlichen Keramarbeiterverbandes gegenüber den „sozialdemokratischen“ zu erheben. Daran ändert selbst die Tatsache wenig, daß der christliche Verband noch die Hälfte Sterbegeld weiterzahlt, den Familien der im Felde stehenden Mitglieder eine einmalige Unterstützung von 3,50 Mt. bis 6 Mt. gewährt, für die im Felde Gefallenen ein geringes Sterbegeld von 5 bis 10 Mt. leistet und den Kranken, die aus einer anderen Kasse Krankengeld beziehen, auch die Erwerbslosenunterstützung gewährt, während bei uns diese nur die in Krankenkassen Ausgesteuerten oder Nichtversicherten erhalten. Die Reise- und Umzugsunterstützung hat der christliche Keramarbeiterverband dermaßen eingeschränkt, daß sie wohl nur auf dem Papier stehen dürfte.

Die Vereinigten Steingutfabriken, G. m. b. H., versandten an ihre Kundschaft folgendes Rundschreiben:

„Während auf blutigem Schlachtfeld unsere tapferen Krieger mutig ihr Leben einsetzen, um unsere kulturellen und wirtschaftlichen Errungenschaften gegen fremde Habgier zu verteidigen, gilt es für die Zurückgebliebenen, durchzuhalten und dafür zu sorgen, daß unsere Finanzkraft und unsere wirtschaftliche Tätigkeit nicht erlahmt. Alle müssen dabei helfen, jeder muß den anderen stützen.“

Die große Mehrzahl der industriellen Werte ist daher auch fest entschlossen, ihren Betrieb aufrecht zu erhalten und die verbliebenen Arbeitskräfte zu beschäftigen, trotzdem ihnen schwere Opfer dadurch auferlegt werden. Dies gilt auch für die deutsche Steingutindustrie. Wohl hat sich die Nachfrage erfreulicher Weise wieder etwas gehoben, sie erstreckt sich indessen zum weitaus größten Teil auf diejenigen Stapelartikel, deren Preise selbst in normalen Zeiten keinerlei Nutzen lassen, deren Herstellung aber in Kriegszeiten bei den durch den eingeschränkten Betrieb unvermeidlichen Mehrkosten direkt mit Verlust verbunden ist. Deshalb wird es auch die geehrte Kundschaft durchaus begreiflich finden, daß die Preise für die Hauptstapelartikel eine Erhöhung erfahren müssen.

Unsere Fabriken bezwecken mit dieser, unter dem bitteren Ernst der Lage unvermeidlichen Maßnahme keine Vorteile für sich. Man will einerseits nur den zahlreichen Arbeitern Arbeitsgelegenheit und Verdienst bewahren, andererseits der Kundschaft die zum Betrieb ihrer Geschäfte erforderlichen Waren weiter liefern können.

Wir hoffen gern, daß die verehrte Kundschaft in richtiger Würdigung der schwierigen Zeitverhältnisse unseren Fabrikanten die notwendige Unterstützung nicht versagen wird. Nur dadurch, daß Fabrikanten und Wnehmer zusammenhalten, wird eine wirtschaftliche Krise dem deutschen Erwerbsleben erspart werden.“

Uermischtes

Der Arbeitsmarkt im September. In den deutschen Gewerkschaften im allgemeinen bezifferte sich die Arbeitslosigkeit nach den Erhebungen für das „Reichsarbeitsblatt“ in der letzten Woche des September d. J. auf 16,0 Proz. gegen 2,7 Proz. im September 1913 und gegen 21,3 Proz. im August d. J. Auch hier zeigt sich also ein Rückgang von 5 Proz. Die Porzellanarbeiter hatten 41,8 Proz. Arbeitslose gegen 54,0 Proz. im August. Verhältnismäßig am günstigsten haben wie im August auch im September d. J. die Gemeinde- und Staatsarbeiter mit 1,1 Proz., die Brauerei- und Mühlenarbeiter mit 1,5 Proz., die Kupferschmiede mit 2,7 Proz. und die Kürschner mit 3,1 Proz. Arbeitslosigkeit abgeschnitten.

Mangelhafter Opfersinn. Die „Badische Nationalliberale Korrespondenz“, deren Leser den bessergestellten Kreisen angehören, richtet beherzigenswerte Worte an die Reichen und Großkapitalisten: „Wenn das Rote Kreuz immer und immer wieder bitten muß und klagt, daß es noch lange nicht die Mittel hat für seine notwendige Arbeit, so frage ich: „Wo fehlt's?“ Ich habe den bestimmten Eindruck: es fehlt noch gewaltig an der Opferwilligkeit der Reichen. Es ist bekannt, daß so manche Stadt eine nicht geringe Zahl von Millionären hat; es sind zum Teil vielfache Millionäre. Wo sind denn die „Opfer dieser Leute?“ Was bedeutet da eine Gabe von 1000 Mark oder mehreren 1000 Mark? Das ist noch lange kein Opfer. Das ist weniger, als wenn unsere Bäuerlein und Arbeiter 3 oder 5 Mark bringen. Unsere Söhne stehen draußen im harten Kampf und versprigen ihr Herzblut vor dem Feind — auch für euch, ihr Vermöglichen und Reichen, zum Schutz und zur Erhaltung eurer Kapitalien! Wollt ihr ihnen mit Almosen dafür danken? Ich fürchte wenn der Opfersinn der Großkapitalisten nicht noch ganz anders erwacht zugunsten unsrer kämpfenden, verwundeten Brüder und ihrer notleidenden Angehörigen, dann werden nach dem Kriege die sozialen Kämpfe noch viel stärker und erbitterter als zuvor, zum Unglück für unser Volk und Vaterland.“

Die Festsetzung von Höchstpreisen für Getreide ist unterm 28. Oktober durch den Bundesrat erfolgt. Mit dieser Festsetzung ist noch eine Anzahl anderer Maßnahmen verbunden, deren Zweck es ist, die Versorgung des Volkes mit Nahrungsmitteln während der Kriegsdauer sicherzustellen. Bei 70 Kilogramm Hektolitergewicht soll Roggen 220 Mark, Weizen 40,50 Mark mehr als Höchstpreis erhalten. Für Mehl und Kartoffeln sind Höchstpreise noch nicht festgesetzt; bezüglich letzterer will der Bundesrat zunächst abwarten, ob die jetzt abnorm hohen Preise anhalten; die Mehlpreise zu regulieren, wird den Landesbehörden anheimgegeben. Was die sonstigen Maßnahmen anbelangt, so wird eine stärkere Ausbeutung der Getreidefrucht durch die Mühlen, die Beimengung von Roggen in Weizenmehl bis zu 10 Proz., das Verbot von Viehfütterung mittels Roggen, Einschränkung des Verbrauches von Getreide für Schnapsbrennereien und die Beimengung von Kartoffelmehl zu Roggenbrot angeordnet.

Die Volksfürsorge-Kriegsversicherungskasse, findet die ihr zukommende Beachtung. Bis zum 14. Oktober sind über 3 260 Anteilscheine gelöst und dafür schon über 16 300 Mt. einbezahlt worden, obgleich die notwendigen Drucksachen erst in der ersten Woche dieses Monats verschickt werden konnten und die Einzelpropaganda wie die Beschlußfassung von Korporationen jetzt erst beginnen kann. Von genossenschaftlichen Organisationen haben die Großeinkaufsgesellschaft und die Verlagsgesellschaft deutscher Konsumvereine, die „Produktion“ in Hamburg, der Allgemeine Konsumverein in Düsseldorf, der Konsumverein in Hannover, der Konsumverein „Solidarität“ in Ohligs ihre ins Feld gezogenen Angestellten versichert. Von gewerkschaftlichen Organisationen haben bis jetzt die Lokalverwaltungen des Gemeinde- und Staatsarbeiterverbandes in Bielefeld, der Lithographen in Hamburg, der Bäcker in Osnabrück, des Zimmererverbandes in Uelzer für ihre ausmarschierten Mitglieder Anteilscheine erworben. Alle diese einbezahlten Versicherungen sind rechtskräftig, d. h. die Angehörigen der davon Fallenden haben Anspruch auf die nach Schluß des Krieges zur Auszahlung gelangende Quote.

Es zeigt sich, daß Ehefrauen oder sonstige nähere Angehörige in abergläubischer Aengstlichkeit den Erwerb von Anteilscheinen als eine falsch zu verstehende Spekulation auf den Tod ihrer Lieben ansehen und deshalb eine Versicherung nicht abschließen wollen. Obgleich solche Bedenken bei den in der Tat vorhandenen Risiken des fürchterlichen Krieges gewiß nicht

berechtigt sind, muß man sie als seelische Erwägungen respektieren, obgleich sie natürlich im eintretenden Falle nur zum Schaden der Angehörigen wirken. Diese Tatsachen weisen aber sehr stark darauf hin, daß Verwandte, Arbeitgeber, Freunde, Kollegen und Vereine hier eine nicht mißzuverstehende praktische Kriegshilfe leisten können. Ist das Kriegsglück dem zu Begünstigenden hold, so ist die Freude darüber es schon wert, daß man durch Einzahlung der Prämie die Rate erhöht hat, die denen zugute kommt, welche ihren Ernährer im Kriege verloren haben.

Uersammlungs-Berichte etc.

Kahla. Die am 7. November stattgefundene Zahlstellenversammlung war gut besucht. Der stellvertretende Vorsitzende, Kollege Wagner, gedachte des allbeliebten und geschätzten Kollegen Paul Dobenecker und des Kollegen Willy Pfaffendorf, beide auf dem Schlachtfelde in Frankreich gefallen. Ihnen zu Ehren erhoben sich die Anwesenden von ihren Plätzen. Der Kassenbericht wurde vom Kassierer Bühl vorgetragen. Die Verbandskasse ergab eine Einnahme von 2888,46 Mt. und eine Ausgabe von 2690,34 Mt., so daß ein Bestand von 148,12 Mt. verblieb. In der Ausgabe waren 1418 Mt. Notstandsunterstützung verzeichnet. Im 12 Proz.-Fonds betrug die Einnahme 269,62 Mt., die Ausgabe 123,88 Mt., somit Bestand 145,79 Mt. Lokalkasse: Einnahme 193,16 Mt., Ausgabe 132,88 Mt., Bestand 60,28 Mt. Mitgliederzahl: 282 am Schluß des 8. Quartals. 67 Mitglieder stehen im Felde, davon sind 55 verheiratet und haben 123 Kinder. Es wird dann ein Schreiben des Vorsitzenden, Kollegen Reinhardt, welcher auf Posten in Prezier (Altmark) steht und die Kolleginnen und Kollegen ersucht, treu zum Verbandsverbande zu halten, gelesen. Ferner kamen noch Feldbriefe und -Karten von Verwaltungsmitgliedern und Verbandskollegen aus den Schützengräben in Frankreich und Rußland zur Verlesung. Zum Schluß ersucht der Kassierer Bühl die Kollegen, welche einigermaßen Beschäftigung haben, pünktlich ihren Wochenbeitrag zu entrichten. Trotzdem hier die Geschäfte immer versucht haben, die Leute zu beschäftigen, sind bis jetzt schon an die 2000 Mt. Notstandsunterstützung ausgezahlt worden. Auch möchten die Kollegen beherzigen, daß, wer mehr als 6 Wochen ruft, keinen Anspruch auf Unterstützung haben kann. Es wurde mit hervorgehoben, daß die Gewerkschaften bis jetzt 20 Millionen ausgezahlt haben und es kommen jede Woche 1 1/2 Millionen zur Auszahlung. Das, Kollegen, vergeßt nicht!

Cotenliste unserer im Felde stehenden Kollegen.

Adam Kolb, Ml., im 28 Lebensjahre in Frankreich gefallen. Mitglied der Zahlstelle Bayreuth.

Otto Ziele, geb. 27. Dezember 1889, starb am 17. September in französischer Gefangenschaft. Mitglied der Zahlstelle Althaldensleben.

Max Grünewald, geb. 29. Januar 1890, am 17. Oktober in Rußland gefallen. Die Zahlstelle Judenbach wird ihn in ehrendem Andenken behalten.

Adam Schedel, gefallen am 2. Oktober im Gefecht bei Montauban. Mitglied der Zahlstelle Kronach.

Paul Patzer, Br., geb. 24. März 1891 in Weißenborn S.-A., gefallen vor Paris am 24. September, Mitglied der Zahlstelle Hermsdorf.

Albert Glockzin, geb. in Kolmar, gefallen in Frankreich. Zuletzt Mitglied in Annaburg.

Alfred Bähring, geb. 22. März 1889 in Glasbach, gefallen in Rußland. Mitglied der Zahlstelle Volkstedt.

Martin Opel, geb. 20. Januar 1885 in Kulmbach, am 31. Oktober schwer verwundet und im Lazarett zu Straßburg gestorben. Mitglied der Zahlstelle Schmiedefeld.

Ehre ihrem Andenken!

Adressen-Henderungen

Adorf. Kv. Otto Lentz, Ml., verlängerte Gößmannstr.

Düsseldorf. Kv. Franz Diederich, Talstr. 122.

Könitz. Kv. Gustav Bößler, Ml., Boßner, Neustädterstr. 32.

Reichmannsdorf. Kv. Bruno Korn, Ml., Burg 62.

Rheinsberg. Kv. Otto Siewert, Bauisch-Herstraße 1.

Schramberg. Kv. Oswald Bengel, Maurermeister, Falkensteinstr. - Schj. Robert Schmid, Bauisch-Herstraße 15.

Zwickau. Kv. August Schö, Bauisch-Herstraße 43.

Uersammlungs-Anzeigen

Zahlreicher Besuch in allen Versammlungen erwünscht.

Annaburg. Sonnabend, 14. November, 8 Uhr, in Bed's Gesellschaftsraum.

Arzberg. Sonnabend, 21. November, 8 Uhr, im Konsumvereinslokal.

Berlin. Freitag, 13. November, pünktlich 8 Uhr, Verwaltung im Büro. — Sonnabend, 21. November, 8 1/2 Uhr, 3. Stellenversammlung, im Gewerkschaftshaus, Engelufer 15. Montag, 23. November, 7 Uhr, Figurenbranche, Adalbertstr.

Bonn. Sonnabend, 21. November, 8 1/2 Uhr, im Volkshaus, Sandb.

Bunzlau. Sonnabend, 21. November, 8 1/2 Uhr, im Deutschen H.

Elsterwerda. Sonnabend, 14. November, im Gasthof, Deutscher K.

Fraureuth. Sonnabend, 14. November, 8 Uhr, bei Aug. Volkst.

Grünhain. Sonnabend, 21. November, 8 1/2 Uhr, bei Goldhahn.

Hüttengrund. Sonntag, 15. November, 2 1/2 Uhr, bei Ab. Hein in Blechhammer.

Leipzig. Sonnabend, 14. November, 8 1/2 Uhr, im Volkshaus, Zeitstraße 92.

Mitterteich. Sonnabend, 21. November, 7 Uhr, b. Kraus, i. d. G.

München. Sonnabend, 21. November, 8 Uhr, im goldenen Lam Zweigstr. 4.

M.-Gladbach. Sonnabend, 14. November, 8 1/2 Uhr, bei Pe Heinen, Wallstr. 13.

Nürnberg. Sonnabend, 14. November, 8 Uhr, im Gewerkschaftshau

Plauc. Sonnabend, 14. November, 8 Uhr, im Gasthaus zum Abl

Anzeigen

Achtung Hüttengrund! Die Mitglieder der Zahlstelle Hüttengrund werden ersucht, sich am Sonntag, den 15. November, nachmittags 1/3 Uhr, zu einer **Versammlung** bei Ab. Heinert in Blechhammer einzufinden. Da die letzte Versammlung einen schlechten Besuch zu verzeichnen hatte, machen wir sämtliche Mitglieder der wichtigen Tagesordnung halber darauf aufmerksam, sich an dieser zu beteiligen.

Die Verwaltung.

Althaldensleben. Den Mitgliedern unserer Zahlstelle zum Kenntnis, daß die Kassengeschäfte bis auf weiteres Gustav Hehne, Dr., Wittagstr. 18, 1 Tr., übernommen hat, da der Kassierer verzogen ist.

Preis der 2 gespaltenen
Petitzelle 80 Pfennig

Geschäfts-Anzeigen

Vorausbezahlung
ist Bedingung

Goldschmiederei, Goldflaschen und alle in der Bergoldberei vorkommenden Abfälle kauft bei pünktlicher reeller Bedienung **Oskar Rottmann, Stadtilm i. Thür.**

Zahl
woll
grossen
Umsatz
höchste
Preise

Alle Gold-, Platin- und Silber-Abfälle



Edel-
Metall-
Schmelze
Gegründet
1896

Osterwoldstrasse 32. **Otto Seifert, Zwickau S.**

Goldhaltige Malrückstände

kauft Firma

M. Köhler, Dresden, Wettiner-Strasse 20.

Alle Gold-, Silber- und Platinabfälle,

wie Flaschen, Näpfe, Paletten, Schmiere, Lappen, Pinsel, Wsche, sowie auch alle Goldabfälle vom Blattgold werden ausgeschmolzen, auf Feingehalt probiert und zu den üblichen Preisen angekauft. Sendungen werden schnell erledigt.

H. Haupt, Dresden-N., Serrestrasse 3.
Gold- und Silberscheideanstalt.

Gold-, Silber- und Platinabfälle

als Schmelzschlacke, Lappen, Stupfer, Pinsel, Näpfe, Paletten, leere Flaschen und ausgeschmolzenes Gold kauft höchstzahlend

Max Haupt, Dresden-N., Bönischplatz 17.

Herausgeg. v. Verband der Porzellan- u. verw. Arbeiter u. Arbeiterinnen
Redaktion: Karl Eberhardt, Charlottenbg., Koffinenstr. 8.
Verlag: Wilhelm Herden, Charlottenburg, Koffinenstr. 8.
Druck von Otto Goerke, Charlottenburg, Wallstraße 22.